

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementpreis monatlich 2 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. • Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Versammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Neue Wege der inneren Politik

Kleine Ursachen haben oft große Wirkungen. Die vom preussischen Landtag angenommene Diätenvorlage hat solches hervorgebracht. Das preussische Herrenhaus nahm die Diätenvorlage zum Anlaß, um seine Abneigung gegen eine innerpolitische Neuorientierung nach dem Kriege in drastischer Weise zum Ausdruck zu bringen. Es war weniger die Ablehnung an sich, wie der Ton, der aus dem Herrenhaus herausklang. In der Tat, man möchte vor einem solchen Geist fast erschrecken. Jeder, der vor dem Kriege beobachtet konnte und wollte, dazu das Erleben dieses gewaltigen Krieges, mußte zu der Erkenntnis kommen, daß eine Reform unserer innerpolitischen Verhältnisse an Haupt und Gliedern dringend notwendig ist. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß in dem größten deutschen Bundesstaat eine übermächtige Majorität des Grundbesitzes besteht, während es der breiten Masse fast unmöglich ist, sich auch nur die geringste Geltung zu verschaffen. Und über dem so zusammengeschlossenen preussischen Landtag das preussische Herrenhaus, dessen Zusammensetzung noch einkseitiger ist. Daß gegen diesen Zustand sich die breiten Schichten des Volkes mit aller Macht stemmen, ihn zu beseitigen trachten, ist nach den unerhörten Leistungen dieses Krieges selbstverständlicher denn je.

Die Herren im Herrenhaus waren wirklich nicht gut beraten. Wenn sie das Ergebnis ihres Handelns heute ruhig übersehen, werden sie zugeben müssen, daß ihre Kraft nicht ausreichte, um sich den Forderungen der Zeit entgegenstemmen zu können.

Es war ein wichtiges Bekenntnis, das der preussische Ministerpräsident Reichskanzler von Bethmann Hollweg aus diesem Anlaß im preussischen Abgeordnetenhaus ablegte. Er sieht in die Zusammenhänge hinein und zieht daraus konsequent die Schlussfolgerungen. Mit aller Schärfe gab er seiner unerschütterlichen Überzeugung Ausdruck, „daß das Erleben dieses Krieges zu einer Umgestaltung unseres innerpolitischen Lebens in mancher Beziehung führen muß und führen wird, allen Widerständen zum Trotz“. Er vermies auf die notwendige Reform des preussischen Wahlrechts und erklärte, daß die preussische Regierung dahingehende Vorschläge unterbreiten wird.

Bethmann Hollweg wies ferner auf die gewaltigen Aufgaben hin, die wir nach dem Kriege zu bewältigen haben. Sie seien so groß, daß das ganze Volk in allen seinen Schichten, daß jedermann im Volk Hand anlegen müsse, wenn wir uns wieder herausarbeiten wollten. Auch eine starke auswärtige Politik würde nur betrieben werden, „wenn das Staatliche, das vaterländische Bewußtsein, das in diesem Krieg doch in ganz neuen und uns bisher unbekannt Formen zu wunderbarer Wirklichkeit geworden ist, beibehalten und gestärkt wird“. Eine solche Politik der Stärke und eine solche innere und äußere Politik könne jedoch nur geführt werden, „wenn die politischen Rechte der Gesamtheit des Volkes in allen seinen Schichten, auch in seinen breiten Massen, vollstetigste und freudige Mitwirkung an der staatlichen Arbeit ermöglichen“. Hier ist klar und scharf das ausgesprochen, worauf wir immer hingewiesen haben: wir haben jedoch diejenigen, die heute im Besitz politischer Privilegien und Privilegien sind, sich mit aller Energie wehren.

Können wir nach dem Kriege leben, wenn im Frieden ein Glied des Volkstörpers vermag? fragt Bethmann Hollweg. Und er gibt die Antwort: „Nein, in der Lage zu sein. Vor dem Kriege sind die Interessen der Arbeiter häufig in einem angeblich unerschöpflichen Gegensatz zu den staatlichen Interessen und zu den Interessen der Arbeitgeber gestellt worden; ich hoffe,

dieser Krieg kuriert uns endgültig von diesem Irrwahn. Denn, täte er es nicht, wären wir nicht entschlossen, alle die Folgerungen, die sich aus dem Erleben dieses Krieges ergeben, entschlossen zu ziehen in allen Fragen politischen Lebens, in der Regelung des Arbeiterrechts, in der Regelung des preussischen Wahlrechts, bei der Ordnung des Landtages im ganzen — die Herren sprechen heute vom Herrenhaus, und ich will auf einzelnes nicht eingehen —, wenn wir nicht entschlossen sind, diese Folgerungen zu ziehen, rückhaltlos zu ziehen — und ich werde es für meine Person tun, mit dem Vertrauen, das mir in diesem Kriege angewachsen ist, zu allen Höhen des Volkes — dann gingen wir einer inneren Erschütterung entgegen, deren Tragweite kein Mensch übersehen kann. Meine Herren, ich werde diese Schuld nicht auf mich laden.“

Er fügte hinzu: „Wehe dem Staatsmann, der die Zeichen der Zeit nicht erkennt.“

Die deutsche Arbeiterschaft wird diese Erklärungen Bethmann Hollwegs mit Freuden begrüßen. Sie eröffnen ihr die Aussicht, daß die Arbeiterschaft in Zukunft in anderem Maße wie bisher an den Staatsnotwendigkeiten und Staatsaufgaben sich beteiligen kann und soll. Die breite Masse, die hungert, schmachtet, durch Verdrängung und durch Privilegien niedergedrückt wird, wird dadurch in ihrer Entwicklung gehindert, noch viel mehr aber wird die Zukunftsbedeutung und Erbitterung angehäuft. Wir brauchen eine starke innere Anteilnahme an unserem Staatsleben. Wir brauchen sie nicht in verneinendem, sondern in positiv aufbauendem Sinn. Auch das Arbeiterrecht gehört auf eine andere Grundlage gestellt. Der Geist der Gleichberechtigung mit anderen Ständen muß auch das Arbeiterrecht in seiner Gesamtheit durchdringen und vorhandenen Notwendigkeiten Rechnung tragen.

Können dieses nicht trotzdem Wechsel für die Zukunft sein? Bethmann Hollweg erklärt: „Ich will diese Gedanken und ich werde sie durchführen. Und ich werde mein Bestes darangeben. Ich bin überzeugt“, so fuhr er fort, „daß jeder, dem die Stärke unseres Volkes am Herzen liegt, welcher politischen Partei er angehören möge, der muß doch mitarbeiten, daß nach diesen Opfern ein starkes und junges Volk aus dem Verderben und aus dem Unheil hervorgeht.“ Wir vertrauen den Worten des Reichskanzlers, und wir sind bereit zu dieser Mitarbeit. Es geht nicht allein um die Interessen eines Standes, sondern um das Wohl der Gesamtheit. Dies ist das höchste Ziel. In diesem Rahmen jedoch müssen die berechtigten Wünsche und Forderungen der Arbeiterschaft, der breiten Volksmasse, zur Geltung kommen. Möge das gemeinschaftlich vergossene Blut diese Erkenntnis bei allen wecken und sie befähigen, das vom Reichskanzler in Aussicht gestellte große Reformwerk gesund und stark zu vollenden.

Rußland

Seit einige Zeit geht durch den russischen Kalos ein starkes Wetterleuchten. Die Minister wechseln fast häufiger. Das ist immer ein Beweis dafür, daß irgendwo etwas nicht stimmt. Und in der Tat, in Rußland kommt manches nicht.

Rußland hat schwere Schlächten verloren, ungeheure Verluste erlitten. Von Sibirien bis Wolgatalen ist kein Gebiet von Deutschen und österreichischen Soldaten befreit. In Ostpreußen hält es einen kleinen Teil österreichischer Soldaten fest. Dazu kam das unheimliche Unglück, das im Winter über den Kalos reißte. Ihre Freiheit wurden sie durch die russische Regierung wieder gewonnen. Das ist demnach geschwunden. Aber die russische Regierung hat die fruchtbarste Zeit, in der deutschen Länder, diese die große Petrokumindustrie. Das ist die

war geeignet, starke Nerven in Erschütterung zu bringen. Neben dem Verlust an Ansehen eine Stärkung der gegnerischen Kräfte, die durch das rumänische Eingreifen zerschmettert werden sollten.

Fast schlimmer sieht es noch im Innern des russischen Reiches aus. Dieses vorwiegend Agrarland leidet Hunger, leidet besonders Hunger in den großen Städten. Auch macht sich ein starker Mangel an anderen Produkten bemerkbar, die das menschliche Leben nur schwer entbehren kann. Der Kohlenmangel und die große Kälte haben dem russischen Volke sehr starke Entbehrungen auferlegt. An Experimenten der Regierung zur Besserung hat es nicht gemangelt. Sie hat dies und jenes versucht, ein Minister nach dem anderen hat Ordnung in das Chaos zu bringen sich bemüht. Durchgreifendes ist nicht gelungen. Handelt sich's nur um große technische Mängel und organisatorisches Unvermögen? Zweifellos trägt beides einen starken Anteil an den zutage getretenen Mißständen. Das russische Eisenbahnwesen ist total unübersichtlich und desorganisiert. Bei den gewaltigen Bedürfnissen der Armeen auch zu schwach, um den übrigen Bedürfnissen genügen zu können. Von Kennern wird jedoch auch behauptet, daß tatsächlicher Lebensmittelmangel in Rußland besteht. Wohl habe Rußland in Friedenszeiten eine erhebliche Ausfuhr an Getreide aufzuweisen gehabt, dieses sei jedoch auf das Konto des russischen Hungers zurückzuführen. Der Getreideverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung ist in Deutschland tatsächlich weit höher als in Rußland. Eine verminderte Anbaufläche im verflossenen Jahre, schlechtere Bewirtschaftung infolge mangelnder Arbeitskräfte, auch Zurückhaltung von Getreidebeständen durch die Bauern, habe den Mangel erheblich verschärft, so daß das vorwiegend Agrarland heute tatsächlich nicht mehr in der Lage zu sein scheint, sein Volk ernähren zu können.

Bu den Lebensmittelschwierigkeiten, die Rußland durchzittern, tritt der innerpolitische Gegensatz: Auf der einen Seite die das Volk beherrschende Bürokratie, auf der anderen Seite das nach Herrschaft und Selbstverwaltung drängende Bürgertum. Die Bürokratie will das Bestehen nicht aus den Händen winden lassen. Die zutage tretenden Räte erschweren ihr die Position noch mehr, der Gegenseite wird sie um ebensoviel erleichtert. Geht es in diesen innerpolitischen Differenzen auch wirtschaftliche und äußere politische Kräfte hinein. Die Linksparteien Rußlands sind diejenigen, welche den Krieg mit aller Macht fortgesetzt wissen wollen, weil sie die wirtschaftliche und industrielle Entwicklung von einem Siege Rußlands abhängig erachten. Daher Sieg um jeden Preis. Selbstverständlich finden diese Kräfte die Unterstützung Englands.

Der Sturz ist gelungen, das bürokratische Regiment ist beseitigt. Die Duma hat ihre eigene Herrschaft errichtet, die Minister ins Gefängnis gesetzt, der Zar hat abgedankt. Ein anderer ist an seine Stelle getreten. Gewiß steht man heute noch nicht klar, wie der Umsturz sich vollzogen und wer die eigentlich treibende Kraft war. Er war in dem Augenblick gesichert, als das Militär sich auf die Seite der Aufständischen stellte. Im Zusammenhang damit wird von Hungerkrawallen geredet. Man weiß nicht, wie weit dieselben zur Erreichung des politischen Zweckes benutzt worden sind.

Haben wir von dem Umsturz in Rußland etwas zu erhoffen? Darüber läßt sich ein Urteil heute noch nicht abgeben, zumal man bei der Unbeständigkeit des russischen Charakters den Abschluß der Entwicklung nicht voraussehen vermag. Wir sagten schon, daß die nach der Regierung drängenden Kräfte die Fortführung des Krieges mit allen Mitteln erstreben. Es ist jedoch anzunehmen, daß durch die Wendung der Verhältnisse der innere Zusammenhang des russischen Kalosses nicht gefördert wird. Im Gegenteil, ist eine weitere Zersplitterung der Kräfte zu erwarten. Jedes Reich aber, das meins ist in sich zerfallen, hat viel von seiner Gefahr für uns verloren. Die russische Revolution ist ein weiterer Schritt

wir dem Kriegsende nähergekommen sind. Sorgen wir dafür, daß das deutsche Volk stark und kräftig in den kommenden Monaten an die Ereignisse herantritt. Wir haben alle Veranlassung, frohen Mutes in die Zukunft zu schauen.

Aus Land- und Reichstag

Das wichtigste Ereignis der letzten Tage ist die Rede des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg im preussischen Abgeordnetenhaus am 14. März 1917. Wie schon früher einmal im Reichstag, wies der Kanzler in seiner neuesten Rede auf die wunderbaren Leistungen unseres Volkes während des gegenwärtigen Kriegs, den Todesmut seiner Selbstopfer und erklärte, daß er zu diesem Volke, zu allen seinen Söhnen vollstes Vertrauen habe. Von neuem aber Bedeutung ist seine Zusage hinsichtlich des Ausbaus des Arbeiterrechts. Graf Dork von Wartberg hat nämlich in seiner merkwürdigen Rede im Herrenhaus sich auch indirekt gegen die Sozialpolitik ausgesprochen, indem er sagte: Das Hilfsdienstgesetz ist hauptsächlich zur Durchsetzung von allerlei sozialpolitischen Postulaten benutzt worden. Er machte damit nicht nur der verbündeten Regierung einen Vorwurf, daß sie dem zugestimmt, sondern auch dem Reichstag, der im Interesse der Hilfsdienstpflichtigen und Arbeiter die Einfügung dieser Postulate verlangt hat. Durch seine Ausführungen hat der Reichskanzler diese Vorwürfe zurückgewiesen und außerdem noch ausdrücklich erklärt: Der Deutsche Reichstag hat während des Krieges dem Vaterlande, seinem Volke Dienste geleistet wie kein anderes Parlament der Welt. Der stenographische Bericht verzeichnet hier, wie an vielen anderen Stellen der Kanzlerrede: Stürmischer Beifall!

Diesen Beifall fand der Kanzler auch im Reichstag, als er die zwiespältige Politik der amerikanischen Regierung am 27. Februar ins richtige Licht rückte. Sie läßt die Völkerrechtsbrücke der Engländer ruhig zu, protestiert aber, wenn wir uns mit Hilfe der U-Boote zur Wehr setzen, und die Einschränkung Deutschlands zu verhindern suchen. Wenn die Vereinigten Staaten als Hüter des Völkerrechts" entsprechend sich verhalten hätten, wir längst den Frieden.

Der Hauptanstoß, der sich waltete mit der Frage beschäftigte, stimmte deshalb beim Staatssekretär des Auswärtigen, Dr. Zimmermann, daß dieser nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht gehabt habe, alles zu tun, um die amerikanische Gefahr durch ein etwa mögliches Bündnis mit Mexiko, schließlich auch mit Japan, abzuwenden. Die Amerikaner, die von diesem Schritte Zimmermanns erfahren hatten, hatten sich nämlich darüber sehr aufgeregt, obwohl gerade sie keinen Grund zur Unterstützung haben. Seit Ausbruch des Krieges haben gerade sie unsere Feinde in jeder möglichen Weise unterstützt, und Wilson, der ehrenwerte Präsident der Vereinigten Staaten, hat bei Verkündung des ungenehmigten und so erfolgreichen U-Boots-Krieges die gesamten noch neutralen Staaten gegen uns in den Krieg zu ziehen versucht. Es ist eine selbstverständliche Pflicht unserer Staatsmänner, sich nach Waffen auch gegen den „friedlichen“ Wilson umzusehen und seine Politik zu durchkreuzen.

Die Beratung des Etats für das große Reichsamt des Innern im Hauptauschuß ging ziemlich rasch vonstatten. Die Anforderung eines weiteren Unterstaatssekretärs gab Anlaß zu der Frage, ob nicht das große Amt getrennt und ein Arbeits-Ministerium geschaffen werden sollte. Die Frage wurde verneint, da die sozialpolitischen und wirtschaftlichen Fragen nicht von den allgemeinen Fragen der Wirtschaftspolitik getrennt werden könnten. Jetzt ist auch nicht die Zeit, Reorganisationsen zu schaffen; es geschieht ohnehin etwas viel auf diesem Gebiete nicht immer zum Nutzen der Sache.

Die im Etat enthaltenen Forderungen für Sozialpolitik wurden glatt genehmigt. So der Betrag von 86 1/2 Millionen Mark für die Sozialversicherung. Es sind das 168 Millionen Mark mehr als im Vorjahre. Der Mehrbetrag ist zum Teil begründet in der Herabsetzung der Beiträge auf das 5. Lebensjahr für den Bezug der Altersrente. Dazu kommt die Erhöhung der Beiträge für die Altersrenten infolge des höheren Renten im Jahre 1916. Der Betrag von 86 1/2 Millionen Mark ist also ein Anzeichen für die Fortentwicklung der Sozialpolitik.

Die im Etat enthaltenen Forderungen für Sozialpolitik wurden glatt genehmigt. So der Betrag von 86 1/2 Millionen Mark für die Sozialversicherung. Es sind das 168 Millionen Mark mehr als im Vorjahre. Der Mehrbetrag ist zum Teil begründet in der Herabsetzung der Beiträge auf das 5. Lebensjahr für den Bezug der Altersrente. Dazu kommt die Erhöhung der Beiträge für die Altersrenten infolge des höheren Renten im Jahre 1916. Der Betrag von 86 1/2 Millionen Mark ist also ein Anzeichen für die Fortentwicklung der Sozialpolitik.

ber die Kriege Gefallenen bei dieser Reichsfürsorge beteiligen wollte. Das wird nunmehr geschehen. Auch die gemeinnützigen Vereine können Darlehen aus diesem Fonds erhalten.

Wichtig ist auch der Beschluß, daß die in den Sommermonaten bezahlte Familienunterstützung im Jahre von 20 Mark für die Kriegerrau und 10 Mark für jedes Kind auch in den Sommermonaten zu bezahlen ist. Eine diesbezügliche Bundesratsverordnung ist in Aussicht gestellt worden. Dagegen ist geplant, daß Kriegerrauen, die bisher zur Arbeit gegangen sind, oder auch andere arbeitsfähige Frauen, die trotz körperlicher Kräftigkeit in der heutigen Zeit des allgemeinen Hilfsdienstes ohne Grund die Arbeit verweigern, im Bezug ihrer Familienhilfe verkirzt werden. Andererseits soll den arbeitenden Frauen auch bei Nichtbeschäftigung die Familienhilfe belassen werden. Der Reichskanzler hat einen Erlaß herausgegeben, nach welchem die Steuerungsverbände den Verdienst nur zur Hälfte in Ansatz bringen und außerdem die Steuerungsverhältnisse besonders berücksichtigen sollen.

In einer Entschließung verlangte der Hauptauschuß, daß die Kriegswöchnerinnen statt wie bisher eine Mark Unterstützung, in Zukunft 1,50 Mark Unterstützung erhalten sollen. Die Regierung stellte sich zu diesem Antrag freundlich, erhob aber gegen den weiteren Antrag, die Wochenhilfe auch auf die Frauen der im Vaterländischen Hilfsdienst tätigen Personen auszudehnen, Bedenken. Die Hilfsdienstpflichtigen erhielten zum Teil hohe Löhne; und eine schematische Gleichstellung mit den Kriegerrauen erschien nicht angezeigt.

Die immer mehr zunehmende Frauennarbeit und die damit verbundenen gesundheitlichen und sittlichen Gefahren für die in der Industrie und Fabriken beschäftigten Frauen und Mädchen, Schutzmaßnahmen für diese, standen ebenfalls zur Beratung. Vom Regierungstische aus wurde erklärt, daß der Frage des Frauenschutzes schon aus Gründen der Bevölkerungs-politik ein scharfes Augenmerk zugewendet werde, daß aber all die von den Abgeordneten verlangten Schutzmaßnahmen in der heutigen Notzeit nicht angeordnet und durchgeführt werden könnten. Im Gegenteil seien die bestehenden Schutzbestimmungen nicht etwa aufgehoben, und es werde vielmehr darauf bestehen, daß sie beachtet würden. Eine mehr verlässliche Aufsicht fand auch darüber statt, wie sich die Übergangswirtschaft gestalten werde, wie die vielen Tausende von Arbeitern und Angehörigen vom Felde aus wieder in ihr Berufsleben zurückgeführt werden könnten, was mit den Arbeitslosen geschehen solle usw. Diese und andere soziale und wirtschaftliche Fragen werden noch Gegenstand der am 20. März beginnenden Beratungen der Vollversammlung des Reichstages und der Ausschüsse sein.

Die Beratung der Steuer-gesetze ist noch nicht abgeschlossen. Der Hauptauschuß hat dem Vorschlag auf eine 20proz. Erhöhung der Kriegsgewinn- und Vermögenssteuer zugestimmt, nach mehrwöchiger Debatte aber die Beratung des Entwurfes für eine Kohlensteuer angelehnt. Es soll der Versuch gemacht werden, die im Kohlen-Zwischenhandel erzielten Gewinne zu erfassen und den Kettenhandel, der die Kohle von der Grube bis zum Verbraucher so sehr verteuert, zu erfassen. Der Reichstag ist also auf die von uns gegebenen Anregungen eingegangen, und hat sich die Vorlage von Material verlangt, um diese Verhältnisse prüfen zu können. Die Kohlensteuer ist im Anmarsch. Wie die Zölle im Personal- und Güterverkehr gestaltet werden, steht noch nicht fest. Der Reichs-Eisenbahngesetz, der eingehend besprochen worden ist, fand bei den Vertretern der Einzelstaaten sowohl, wie bei der Mehrheit des Hauptauschusses Ablehnung.

Preisneuordnung landwirtschaftlicher Erzeugnisse

Die Preise landwirtschaftlicher Erzeugnisse sind bisher wild geworden und stehen in keinerlei Beziehungen. Deshalb wurde vielfach angebahnt, was im wahren Geiste einzuhalten und nicht, was die Bevölkerung am notwendigsten bedarf. Das hat zu zahlreichen Preisstößen, zu Mißständen auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung geführt und große Enttäuschungen in Konsumentenkreisen hervorgerufen. Die Preisneuordnung zwischen Stadt und Land mußte immer dringender werden. Das Kriegsernährungsamt hat daher einen Erlaß herausgegeben, in welchem es heißt: Die Preisneuordnung ist ein dringendes Bedürfnis für den Krieg. Die Preisneuordnung ist ein dringendes Bedürfnis für den Krieg. Die Preisneuordnung ist ein dringendes Bedürfnis für den Krieg.

Man ging davon aus, die Produkte, die für den menschlichen Bedarf am notwendigsten sind, durch Preisrelation (Herstellung einer Preisbeziehung, eines Preisausgleichs) in der Vordergrund zu stellen, andererseits bei den anderen Unbaufrüchten, die mit Kartoffel und Getreide in Konkurrenz treten können, die Gemüselocher zu dämpfen. Also nicht Produktionszwang, sondern Unbauversicherung durch Herstellung einer sicheren Preisrelation.

Doch die Unbauversicherung würde nicht genügen. Man suchte durch den neuen Wirtschaftsplan auch die Ablieferung der notwendigen Produkte für die menschliche Ernährung zu bewirken und den Anreiz zum Verfütern zu dämpfen.

Wie wurden diese Ziele zu erreichen versucht? Kurz gesagt: Indem man den Preis der als unbedingt zur menschlichen Ernährung notwendigen Produkte (Weizen, Roggen, Kartoffel, Zuckerrüben) festsetzte und den Preis für Futtermittel (Hafer, Gerste, Rohrüben, Futterrüben) und auch den Viehpreis senkte. Dadurch fehlt besonders der Verfüterungsanreiz, gegen den man bisher trotz Ermahnungen, Belehrungen und Bestrafungen vergeblich ankämpfte.

Das Gesamtziel ist also ein planmäßiger Aufbau der Preise als Grundlage einer geregelten Versorgungsordnung. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde nach langen Beratungen im Beirat des Kriegs-Ernährungsamts, im Ernährungsausschuß des Reichstages, im Bundesrat und Kriegs-Ernährungsamt nachstehendes beschlossen.

Es sollen folgende Lebensmittel im Preise gesenkt werden pro Tonne:

1. Roggen jeither 220 M., in Zukunft 270 M.
 2. Weizen jeither 280 M., in Zukunft 290 M.
 3. Kartoffeln jeither 80 M., in Zukunft 100 M.
 4. Zuckerrüben jeither 80 M., in Zukunft 50 M.
- Eine Preisentwertung sollen erfahren:
1. Rinder um 15 Proz. im Lebendgewicht, das ist 25 bis 30 Proz. im Schlachtgewicht.
 2. Schweine um 20 bis 25 Proz. im Lebendgewicht je nach der Gewichtsklasse, das ist 30 bis 35 Proz. im Schlachtgewicht.
 3. Hafer um 30 M. pro Tonne auf 270 M.
 4. Gerste um 30 bis 70 M. pro Tonne auf 270 M. (Der Preis war bisher kein einheitlicher).
 5. Rohrüben um 15 M. pro Tonne auf 85 M.
 6. Futterrüben um 6 M. pro Tonne auf 80 M.
 7. Futtermösten um 10 M. pro Tonne auf 50 M.

Man mag behaupten, daß das Vorgehen wieder zu einer Preissteigerung notwendiger Produkte geführt hat. Es widerspricht das eigentlich auch dem Prinzip, das vom Kriegs-Ernährungsamt seitherzeit aufgestellt wurde und nach dem auf einen Abwas der Preise hingewirkt werden soll. Brotgetreide, Milch und Kartoffel sind doch die allererforderlichsten und unentbehrlichsten Nahrungsmittel gerade für die minderbemittelte Bevölkerung. Aber man hat nach reichlichen Beratungen geglaubt, auf dem Boden der jetzigen Abgabepreise die Relation nicht herstellen zu können, weil der Viehpreis zu sehr nach unten hätte gehen müssen. Es hätte nach sachverständiger Einschätzung eine Senkung der Viehpreise um mindestens 50 Proz. einzuwirken müssen. Davon beschränkte man eine Erschütterung der Fleisch- und Milchproduktion. Von der gegenwärtig in Deutschland vorhandener etwa 22 Millionen Rinder sind etwa die Hälfte Milch Kühe, die unbedingt erhalten werden müssen. Allerdings kam man auch nicht den Forderungen der Landwirte nach, auf dem Boden der jetzigen Viehpreise die Relation herzustellen. Das hätte eine Verteuerung des Brotgetreides um fast 100 Proz. bedeutet. Man hat einen Ausweg herbeigeführt, und zwar dadurch, daß man die Preise für Getreide, Kartoffel und Zuckerrüben etwas hob, dagegen die Preise für Vieh und Futtermittel senkte. Davon bespricht man sich einmal, daß nicht mehr wie bisher Brotgetreide und Kartoffel an das Vieh verfüttert, daß ferner die Produkte nicht mehr vom Landwirt aus der Produktion auf höhere Preise zurückgehalten werden und weiter, daß bestimmte Produkte, die zur menschlichen Ernährung notwendig sind, nicht an Stelle von weniger wichtigen Produkten angebaut werden.

Würde das erreicht — und es wird hoffentlich angenommen — dann ist das immerhin ein bedeutender Erfolg, der manchen Nachteil wieder aufwiegt.

Es muß aber dahin gewirkt werden, daß die Willkür der Preissteigerungen durch die Konsumenten nach Möglichkeit beseitigt werden. Deshalb ist dahin zu wirken, daß die wesentlichen Erzeugnisse, die das Vieh für die Ernährung der Bevölkerung macht, als Ausgleich für das verteuerte Getreide benutzt werden. Es muß ferner eine starke Abmilderung der Preisunterstützung zwischen Produktions- und Verkaufspreis stattfinden. Es muß auch dahin gewirkt werden, daß die Produktion durch Anreizmittel oder gar durch die Senkung der Preise bis 200 bis 300 Proz. verteuert werden. Es ist ferner daran zu denken, daß der Viehpreis nicht nur auf 7,50 M. und mehr vermindert, sondern auch auf andere Produkte übertragen wird.

nicht in Ordnung. Jedenfalls dürfen, wie es borge-

kommen ist, nicht Komturen durch den Vertrieb von

Der Reichstag hat auf Drängen der Verbraucher

Bei einer Steigerung des Preises für Roggen

Diese Beschlüsse bedeuten einen Erfolg für die

Allgemeines

Das Eisenwerk erhielt folgende Kollegen:

Der Bauarbeitermarkt in Ostpreußen. Nach dem

Am Sonntag, den 25. März ist der vierte

Rechtsberatung bei Hilfsdienstfragen. Das Ge-

Von der Front zurück zur Organisation. Ein

Die Wahl in Potsdam-Osthavelland. Zum ersten

Die amerikanischen Gewerkschaften und der

versicherungsbildung ist allen erwerbstätigen

Nach dem Wortlaut des Gesetzes müsste man an-

Dieser Nachteil kann aber durch freiwillige Weiter-

Von den Schulden Frankreichs. Vor dem Krieg

Aus dem ostpreussischen Wieder-

Wir lesen in der „Allenstein Zeitung“ (Nr. 65

Die amerikanische Gewerkschaften und der

